

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Situation des Strafvollzugs in Rheinland-Pfalz

Zur inneren Sicherheit gehört auch eine ausreichende Gewährleistung der Sicherheit im Strafvollzug. Neben spezial- und generalpräventiven Zwecken dient der Strafvollzug insbesondere dadurch der Sicherheit der Bevölkerung, dass er die Resozialisierung und Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zur Aufgabe hat. Der Strafvollzug in Rheinland-Pfalz übernimmt damit einen anspruchsvollen Dienst für den Rechtsstaat und das Gemeinwesen, dem auch in den Augen der Bürgerinnen und Bürger immer mehr Gewicht beigemessen wird. Zu Recht stellt die Gesellschaft hohe Erwartungen an einen modernen Strafvollzug, der die Allgemeinheit sowohl durch eine sichere Unterbringung der Inhaftierten als auch durch die Vorbereitung der Strafgefangenen auf ein straffreies Leben schützt.

An die Bediensteten ergeben sich besondere Anforderungen: Die Beschäftigten im Strafvollzug schultern nicht nur erhebliche Mehraufgaben bei der Sicherungsverwahrung. Auch die Belegungssituation in den Haftanstalten ist nach wie vor angespannt. Der Umgang mit Strafgefangenen wird immer schwieriger. Es gibt zunehmende Aggressionsbereitschaft, vermehrt psychische Auffälligkeiten und eine wachsende Drogenproblematik. Verständigungsprobleme in den Haftanstalten nehmen zu. Darüber hinaus stellen neue Entwicklungen, wie z. B. das Inkrafttreten des neuen Landesjugendstrafvollzugsgesetzes, den Strafvollzug vor neue Aufgaben und zusätzliche Herausforderungen.

Die vorliegende Anfrage soll zu einer Bestandsaufnahme der Situation im rheinland-pfälzischen Strafvollzug führen und neue Entwicklungen näher beleuchten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

I. Belegung, baulicher Zustand und Wirtschaftsführung der JVA des Landes

1. Wie viele Strafgefangene befinden sich zum 1. Februar 2017 (Ist-Stand) in Haft
 - a) in Rheinland-Pfalz insgesamt,
 - b) jeweils in den einzelnen Justizvollzugsanstalten (JVA)
(bitte auflgliedern nach geschlossenem und offenem Vollzug)?
2. Wie hoch waren die jährlichen Zugangszahlen pro JVA in den vergangenen fünf Jahren?
3. In wie vielen Fällen und unter welchen Voraussetzungen wurden Strafgefangene in den vergangenen fünf Jahren im Rahmen der sogenannten „Weihnachtsamnestie“ im Zeitraum November und Dezember des jeweiligen Jahres entlassen?
4. Wie haben sich die Belegungsfähigkeit und die tatsächliche Belegung im offenen sowie im geschlossenen Vollzug in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, aufgeschlüsselt nach deutschen und ausländischen Gefangenen sowie nach inhaftierten Spätaussiedlern
 - a) landesweit und
 - b) in den einzelnen JVA?
5. Wie hoch belaufen sich derzeit die durchschnittlichen Kosten für einen Haftplatz
 - a) in der Untersuchungshaft?
 - b) in der Strafhaft?
 - c) in der Jugendhaft?
 - d) in Sicherungsverwahrung?
 - e) im Jugendarrest?
6. Wie hoch sind nach Kenntnis der Landesregierung die Kosten aus Frage 5 in den anderen Bundesländern?
7. Welchen Umgestaltungsbedarf sieht die Landesregierung bei der Justizvollzugsschule in Wittlich?
8. Welche Einnahmen erzielte das Land in den vergangenen fünf Jahren durch die Arbeit der Gefangenen (bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen JVA)?

9. Was ist der aktuelle Stand bei der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung in der Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung im rheinland-pfälzischen Strafvollzug?
 - a) Wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten einschließlich der Personalkosten?
 - b) Wann ist mit der landesweiten Einführung der KLR zu rechnen?

II. Situation der Bediensteten im rheinland-pfälzischen Strafvollzug

10. Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis der Strafgefangenen zu den Bediensteten im rheinland-pfälzischen Strafvollzug sowohl landesweit als auch in den einzelnen JVA
 - a) insgesamt?
 - b) aufgeschlüsselt nach
 - allgemeinem Vollzugsdienst,
 - gehobenem Vollzugs- und Verwaltungsdienst,
 - sozialem Dienst sowie
 - psychologischem Dienst(bitte separat für jede JVA)?
11. Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis von Haftplätzen zu den Bediensteten im rheinland-pfälzischen Strafvollzug sowohl landesweit als auch in den einzelnen JVA
 - a) insgesamt?
 - b) aufgeschlüsselt nach
 - allgemeinem Vollzugsdienst,
 - gehobenem Vollzugs- und Verwaltungsdienst,
 - sozialem Dienst,
 - psychologischem Dienst(bitte separat für jede JVA)?
12. Wie hat sich das Verhältnis in Bezug auf Frage 10 und 11 in den vergangenen fünf Jahren im Einzelnen entwickelt?
13. Wie ist dieses Verhältnis nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu den übrigen Bundesländern?
14. Wie viele Überstunden sind derzeit in der Summe beim Personal des Allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD) in den JVA des Landes angefallen und wie hoch liegt der durchschnittliche Überstundenanfall pro Beamtin bzw. Beamten – sowohl im Landesdurchschnitt als auch in den einzelnen JVA?
15. Wie haben sich diese Zahlen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
16. Wie viele Überstunden wurden in den vergangenen fünf Jahren im AVD finanziell abgegolten (bitte separat für jede JVA)?
17. Welche Ergebnisse hat die Arbeitsgemeinschaft Personalbemessung und Dienstplanung erreicht und welche Verbesserungen wurden dadurch umgesetzt?
18. Wie viel Resturlaub ist von den Bediensteten in den vergangenen fünf Jahren nicht in Anspruch genommen worden, wie viel Resturlaub wurde übertragen?
19. Wie viele Bedienstete des AVD sind aktuell länger als sechs Monate erkrankt und wie hat sich diese Zahl in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
20. Wie hat sich der Krankenstand der Bediensteten im AVD im selben Zeitraum sowohl im Landesdurchschnitt als auch in den einzelnen JVA entwickelt?
21. Wurden die nach dem Arbeitsschutzgesetz vorgeschriebenen psychischen Gefährdungsbeurteilungen in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes durchgeführt?
22. Welche Gefährdungen haben sich aus der Erhebung der psychischen Belastungen bei der Arbeit im Justizvollzug ergeben und welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes hat die Landesregierung hierzu ergriffen?
23. Wie viele Bedienstete des AVD im rheinland-pfälzischen Strafvollzug sind dauerhaft in ihrer Verwendung eingeschränkt (z. B. vom Nachtdienst befreit) und wie hat sich deren Zahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
24. Wie viele Personalstellen wurden bzw. werden in den Jahren 2011 bis 2020 im zweiten, dritten und vierten Einstiegsamt abgebaut, nicht wiederbesetzt bzw. als künftig wegfallend ausgewiesen – insgesamt und aufgeschlüsselt nach Justizvollzugseinrichtungen?
25. Wie viele bei den JVA des Landes beschäftigte Beamtinnen und Beamten werden (einzeln aufgeführt nach Jahren) in der Summe landesweit und an den einzelnen JVA in den nächsten fünf Jahren aus dem Dienst ausscheiden
 - a) insgesamt (alle Dienstgruppen)?
 - b) einzeln aufgeführt nach Laufbahngruppen?

26. Wie hat sich die Zahl der Bewerbungen für das zweite, dritte und vierte Einstiegsamt in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
27. Wie hoch war die Durchfallquote bei den Laufbahnprüfungen des AVD in den vergangenen zehn Jahren (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?
28. Mit welchen Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass der Beruf des Justizvollzugsbeamten bzw. des Justizvollzugsbediensteten und die Arbeit, die im Justizvollzug geleistet wird, in der Öffentlichkeit positiv und transparent dargestellt werden? Wie wirbt die Landesregierung in diesem Zusammenhang für den Nachwuchs?
29. Welche Maßnahmen sind zur Wiedereinführung des Verwaltungsdienstes in der Einstiegsebene 2 geplant, um den wachsenden Bedarf an ausgebildeten Fachkräften in diesem Bereich zukünftig zu decken – auch angesichts der zukünftigen Umsatzsteuerpflicht der Arbeitsbetriebe?
30. Der Landesrechnungshof mahnt in seinem letzten Prüfbericht die Einführung einer kaufmännischen Geschäftsführung für die Arbeitsverwaltungen an und forciert die Schaffung eines Landesbetriebs wie etwa in Baden-Württemberg. Welche Entscheidungen wurden diesbezüglich durch das Ministerium der Justiz getroffen und wann sollen die Maßnahmen umgesetzt werden bzw. welchen Personalmehrbedarf sieht die Landesregierung durch Schaffung der notwendigen Voraussetzungen?
31. Wie viele Versetzungsgesuche wurden in den vergangenen fünf Jahren gestellt? Wie viele Versetzungsgesuche wurden abgelehnt? Zu welchen Dienststellen sollte die Versetzung erfolgen (inklusive Kommunalverwaltung, bitte getrennt nach den einzelnen JVA)?
32. Seit welchem Jahr läuft die Umstellung der alten „grünen“ Uniform auf die neue „blaue“ Uniform? Ist absehbar, ab welchem Jahr eine geregelte Beschaffung sichergestellt werden kann?
33. Wie hoch waren die bisherigen eingesetzten Haushaltsmittel für die Umstellung der Dienstbekleidung und wie hoch ist der Gesamtbetrag des seit der Umstellung eingesparten Dienstbekleidungszuschusses?
34. Wer ist für die Ausgabe und den Tausch von Dienstbekleidung im Justizvollzug zuständig?
35. Welcher Verwaltungsakt ist erforderlich, damit Bediensteten des AVD ein verschlissenes/defektes Uniformteil ersetzt wird?
36. Können Bedienstete des Justizvollzugs Uniformteile der Polizei beziehen, die auch für den Vollzugsdienst sinnvoll wären, z. B. Regenjacken?

III. Situation der Gefangenen im Strafvollzug

37. Welche Regelungen enthält der aktuelle Vollstreckungsplan und wie hat er sich in den vergangenen fünf Jahren verändert?
38. Wie viele Gefangene wurden aus welchem Grund nicht gemäß des geltenden Vollstreckungsplans untergebracht?
39. Wie hat sich die Anzahl der Gefangenenarbeitsplätze in den vergangenen fünf Jahren entwickelt
 - a) im Landesdurchschnitt?
 - b) an den einzelnen JVA des Landes?
40. In wie vielen Fällen waren am Stichtag 1. Februar 2017 Untersuchungsgefangene entgegen der Vorgaben des § 17 LJVVollG nicht getrennt von Strafgefangenen untergebracht (bitte nach Anstalten getrennt auführen)? Was waren jeweils die Gründe?
41. Wie viele in Rheinland-Pfalz einsitzende Strafgefangene haben in den vergangenen fünf Jahren die Möglichkeit von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten genutzt und wie viele davon haben diese Maßnahmen vorzeitig abgebrochen (bitte einzeln nach Jahren aufgeführt)
 - a) landesweit?
 - b) an den einzelnen JVA?
42. Wie viele in Rheinland-Pfalz einsitzende Strafgefangene haben in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich die Möglichkeit zur Nachholung eines Schulabschlusses und/oder einer Berufsausbildung (einschließlich Erwerb von Teilabschlüssen) genutzt (bitte einzeln nach Jahren aufgeführt)
 - a) landesweit?
 - b) an den einzelnen JVA?
43. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung getroffen, um die Gewährung von Arbeitslosengeld 1 an Gefangene des Offenen Vollzuges zu verhindern, obwohl geeignete Arbeitsplätze in der JVA im Bereich des Offenen Vollzuges zur Verfügung stehen und wie wirkt sich diese fehlende Mitarbeitsbereitschaft auf die Vollzugsplanung und die Stellungnahmen zur bedingten Entlassung aus?
44. Wie viele Häftlinge in Rheinland-Pfalz nehmen derzeit (Stand: 1. Februar 2017) an Vollzugslockerungen (Langzeitausgang, Ausgang, Freigang) teil?
45. Gibt es diesbezüglich Veränderungen im Verlauf der vergangenen fünf Jahre (bitte ggf. erläutern)?

46. Von wie vielen Häftlingen sind diese Lockerungen durch Lockerungsversagen in den vergangenen fünf Jahren missbraucht worden (bitte einzeln nach Jahren sowie nach Lockerungsart und Anstalt auflisten)?
47. Wie viele Erstvollzugspläne wurden in den vergangenen fünf Jahren erstellt und wie viele Vollzugspläne wurden in diesem Zeitraum insgesamt fortgeschrieben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und JVA)?
48. Wie viele erkannte radikalisierte/extremistische Inhaftierte sitzen derzeit in rheinland-pfälzischen Justizvollzugseinrichtungen ein, aufgeschlüsselt nach der Art der Radikalisierung bzw. extremistischen Zugehörigkeit?
49. Wie haben sich die Zahlen zu Frage 48 in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
50. Welche Maßnahmen erfolgen und welche Konzepte der Landesregierung bestehen, um eine Radikalisierung von Inhaftierten während der Haft zu verhindern?
51. Plant die Landesregierung vollzugseigene Fachleute für den Bereich Radikalisierung und Islamismus einzustellen – analog der Verfahrensweise anderer Behörden wie LKA, Verfassungsschutz, Polizei?
52. Werden die islamischen Inhaftierten durch Imame betreut? Wer wählt diese aus? In welcher Sprache werden Gebetsstunden in den Justizvollzugseinrichtungen gestaltet?
53. Wie hat sich die Gewaltbereitschaft der Gefangenen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt
 - a) gegenüber Bediensteten,
 - b) gegenüber Mitgefangenenund wie hat die Landesregierung auf diese Entwicklung reagiert und welche Maßnahmen sind hier zukünftig vorgesehen?
54. Welcher Art waren die unter Ziffer 53 genannten gewaltsamen Übergriffe?
55. Zu welchen Verletzungen kam es
 - a) bei den Gefangenen?
 - b) bei den Bediensteten?
56. Kann man solche Übergriffe bestimmten Häftlingsgruppen schwerpunktmäßig zuordnen?
57. Welche Konsequenzen hat dies für Mitgefangene und Bedienstete und mit welchen Konzepten plant die Landesregierung hiergegen vorzugehen?
58. Hätten die Übergriffe gegenüber dem Vollzugsdienst verhindert werden können und wenn ja, wie?
59. Wie viele gefährliche Gegenstände und Waffen wurden in den vergangenen fünf Jahren gefunden (bitte aufschlüsseln nach Anstalten und Art der Gegenstände)?
60. Bei welchen dieser Gegenstände konnte festgestellt werden, wie der Gegenstand in den Besitz des Gefangenen gelangt ist (bitte detaillierte Aufstellung je nach Gegenstand)?
61. Wie viele Mobiltelefone und wie viele SIM-Karten wurden in den vergangenen fünf Jahren bis zum Stichtag 1. Februar 2017 in rheinland-pfälzischen JVA (inkl. Jugendstrafanstalt [JSA] und Jugendarrestanstalt [JAA]) im Besitz von Gefangenen gefunden und auf welche Weise sind sie in deren Besitz gelangt? Wie viele wurden durch den Einsatz von Mobilfindern gefunden?
62. Welche anderen nicht erlaubten Gegenstände und Substanzen wurden zum Stichtag 1. Februar 2017 in rheinland-pfälzischen JVA (inkl. JSA und JAA) im Besitz von Gefangenen gefunden und auf welchen Wegen sind diese in deren Besitz gelangt?
63. Wie hoch ist der Anteil von Häftlingen mit (auch) ausländischer Staatsangehörigkeit – absolut und im Vergleich zum Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz?
64. Wie hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Anteil der Gefangenen entwickelt, die über keine oder ungenügende Deutschkenntnisse verfügen und wie reagiert die Landesregierung darauf? Wie hoch waren die angefallenen Dolmetscherkosten in den vergangenen fünf Jahren
 - a) landesweit und
 - b) in den einzelnen JVA?
65. Wie viele Strafgefangene mit (auch) ausländischer Staatsangehörigkeit saßen in den vergangenen fünf Jahren (einzeln aufgeführt) aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe oder wegen vorsätzlicher Straftaten innerhalb von fünf Jahren zu mehreren Freiheits- oder Jugendstrafen
 - a) bis zu drei Jahren,
 - b) länger als drei Jahrein rheinland-pfälzischen Gefängnissen ein oder
 - c) befanden sich in Sicherungsverwahrung, die von rheinland-pfälzischen Gerichten verhängt wurde?

66. Wie viele ausländische Strafgefangene saßen in den vergangenen fünf Jahren aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe in rheinland-pfälzischen Gefängnissen ein? Wie viele dieser ausländischen Strafgefangenen waren länger inhaftiert
 - a) als zwei Jahre?
 - b) als vier Jahre?
67. Welche Nationalitäten sind unter den ausländischen Gefangenen vertreten – aufgeschlüsselt nach den Vollzugeinrichtungen?
68. Wie viele der derzeitigen ausländischen Strafgefangenen könnten nach geltender Rechtslage derzeit in ihre Heimatländer abgeschoben werden?
69. In wie vielen Fällen bestehen Abschiebungshindernisse und worin bestehen diese?

IV. Konzeption des Strafvollzugs

70. Wie hoch ist die durchschnittliche Rückfallquote bei aus dem rheinland-pfälzischen Justizvollzug entlassenen Straftätern? Falls es dazu keine Zahlen geben sollte, ab wann soll darüber eine Statistik angelegt werden?
Welche Meldung von Zahlen erfolgt aus Rheinland-Pfalz an die Ersteller der jährlich fortgeschriebenen bundesweiten Rückfallstatistiken (Jehle, Heinz und Sutterer), die auch Daten des rheinland-pfälzischen Strafvollzuges einbezieht?
71. Wie stellt sich die in Frage 70 genannte Zahl nach Kenntnis der Landesregierung im Verhältnis zu anderen Bundesländern dar?
72. Inwieweit sieht die Landesregierung die Einführung von elektronischen Fußfesseln zur Entlastung des Justizvollzuges, z. B. aus Sicherheitsgründen bei Aus- und Vorführungen außerhalb der Justizvollzugeinrichtung oder der Sicherungsverwahrung, als sinnvoll an?
73. In wie vielen Fällen wurden Inhaftierte in den vergangenen fünf Jahren mit Schusswaffen tragenden Beamten ausgeführt?

V. Gesundheit im Strafvollzug

74. Wie viele der Strafgefangenen im rheinland-pfälzischen Vollzug sind suchtmittelabhängig (bitte nach Alkohol, Drogen, Medikamenten und ggf. anderen Suchtmitteln auflgliedern)?
75. Wie viele Drogenfunde gab es in den vergangenen fünf Jahren in rheinland-pfälzischen Haftanstalten (bitte nach Jahren und Anstalten aufgeschlüsselt)?
76. Mit welchen Mitteln will die Landesregierung verhindern, dass in den Gefängnissen Drogen konsumiert werden?
77. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um Inhaftierte vom Drogenkonsum – insbesondere der synthetischen Drogen – abzuhalten? Welche Maßnahmen plant die Landesregierung in dieser Hinsicht?
78. Wie oft wurden in den vergangenen fünf Jahren Drogenspürhunde der Polizei angefordert (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und JVA)?
79. Hält die Landesregierung den verstärkten Einsatz von Drogenspürhunden im rheinland-pfälzischen Strafvollzug für sinnvoll, um den Drogenkonsum in den Haftanstalten einzudämmen?
80. Welchen besonderen Herausforderungen sieht sich der rheinland-pfälzische Strafvollzug im Hinblick auf ältere Gefangene (über 60 Jahre) ausgesetzt und wie begegnet er diesen?

VI. Sicherungsverwahrung

81. Wie viele Sicherungsverwahrte wurden in den vergangenen fünf Jahren aus der Sicherungsverwahrung entlassen (bitte nach den einzelnen Jahren aufschlüsseln)?

Für die Fraktion:
Martin Brandl

